

6 Fragestunde

Bürgermeisterin **Kahr**:

Es ist jetzt 12:17 Uhr, und ich darf bitten, den Herrn Gemeinderat Kozina-Voit, seine Frage an Herrn Stadtrat Hohensinner zu stellen.

Beginn Fragestunde: 12.17 Uhr.

6.1 Frage 1: Mehr Fahrradabstellplätze an Schulen (GR Mag. Dr. Kozina-Voit, Grüne, an StR Hohensinner, MBA, ÖVP)

Gemeinderat **Kozina-Voit**:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Stadtregierungsmitglieder, liebe Gäste auf der Tribüne, werter Herr Stadtrat Hohensinner, lieber Kurt.

Wir haben diese Woche mit dem Mobilitätsplan 2040 schon eine große Veranstaltung gehabt. Auch dort war das Thema das Mobilitätsverhalten der Kinder und Jugendlichen und ganz konkret, was in deinem Bereich, sozusagen, liegt, um die Fahrradabstellplätze im Bereich der Schulen, ganz konkret natürlich der Pflichtschulen der Stadt Graz. Es war jetzt dann Thema, dass man gesagt hat, die, die jetzt geboren sind, die sind im Jahr 2040 16 Jahre alt, die, die jetzt 10 Jahre alt sind, 26 Jahre alt, das heißt, das, was da jetzt an Schulen passiert, wird dann wesentlich sein natürlich für das Mobilitätsverhalten dann im Jahr 2040.

Und wir haben jetzt auch gleichzeitig eine Lehrveranstaltung, wo ich selber als Lehrender mit dabei bin an der Uni, wo wir uns das angeschaut haben, wie schaut das eigentlich aus, das Mobilitätsverhalten der Kinder und Jugendlichen, und das ist doch in vielen Fällen erschreckend. Also, es ist kaum jemand, der mit dem Rad in die Schule kommt. Wenn ich an meine Schulzeit zurückdenke, da war das anders, also da sind relativ viele eigentlich mit dem Rad gekommen. Ich bin Kirchengasse gegangen damals,

Gymnasium, da waren die Radabstellplätze eigentlich auch immer voll und da ist natürlich die Frage, was man tun kann. Natürlich ist das wünschenswert grundsätzlich, also jetzt egal, ob zu Fuß oder mit dem Fahrrad, also mit aktiver Mobilität, dass die Kinder in die Schule kommen, da geht es um die Konzentrations- und Lernfähigkeit der Kinder und Jugendlichen, da geht es um Selbstständigkeit, dass sie in der Lage sind, sich auch zu orientieren, dass sie auch mit anderen Kindern in Kontakt kommen. Auch das passiert ja nicht, wenn man mit dem Elterntaxi bis vor die Türe gefahren wird, aber natürlich geht es dann auch um eine gute Luft rund um die Schule, um Themen wie Lärm, um Unfallgefahr natürlich, die sinkt, wenn die Kinder nicht geführt werden, sondern selber, oder eben viel weniger Autoverkehr dadurch entsteht, und auch um die öffentlichen Verkehrsmittel, die ja gerade in der Früh oft überlastet sind, wenn man einmal um 7:30 Uhr in die Straßenbahn einsteigt oder in den Bus, dann weiß man das.

Jetzt gibt es natürlich viele Dinge, die auch von Seiten des Verkehrsressorts gemacht werden können, von Vizebürgermeisterin Schwentner, wo da wirklich auch viele Maßnahmen gesetzt werden, um das eben so attraktiv wie möglich zu machen. Da haben wir natürlich grundsätzlich den Ausbau der Fuß- und Radwege speziell im Bereich der Schulen. Wir haben die Schulstraßen, die jetzt letztes Jahr eingeführt worden sind. Es gibt BiciBus und PediBus, wo die Kinder dann gemeinsam zur Schule kommen. Es gibt die Aktionen „Fahrrad für jedes Kind“ und dann viele bewusstseinsbildende Maßnahmen auch im Bereich des schulischen Mobilitätsmanagements. Jetzt haben auch diese Radabstellplätze letztes Mal beschlossen, also da tut sich einiges und ganz konkret ist dann aber auch wichtig, wenn man zur Schule hinkommt, dass es dann auch die entsprechenden Abstellmöglichkeiten gibt. Ich habe da ja 2022 schon einmal eine Frage gestellt und da waren dann durchschnittlich 16 Abstellplätze pro Schule. Es sind aber auch einige Schulen, die gar keine Fahrradabstellplätze hatten und bei weiteren zehn, weniger als

zehn Fahrradabstellplätze. Und dann geht es natürlich auch noch um Fragen der Qualität, Überdachung, eingangsnah etc., wo sind diese Fahrradabstellplätze? Also am Ende stellt sich jetzt die Frage, jetzt zwei Jahre später sozusagen auch, was du vielleicht unternommen hast oder welche Schritte du planst, damit in den kommenden Jahren an den Grazer Pflichtschulen eingangsnah, qualitativ hochwertige Fahrradabstellplätze errichtet werden können.

Originaltext der Anfrage:

Sehr geehrter Herr Stadtrat Hohensinner, lieber Kurt,

Studierende haben im Rahmen einer Lehrveranstaltung erhoben, wie die Kinder in Graz zur Schule kommen. Die Zahlen sind ernüchternd: Egal, ob Volksschulen, Mittelschulen, AHS oder BHS – ein Großteil der Schüler:innen fährt mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder wird von den Eltern mit dem Auto gebracht. Weniger als ein Fünftel der Schüler:innen geht zu Fuß zur Schule und mit dem Fahrrad kommt praktisch niemand. Gerade bei Kinder und Jugendlichen wäre das aber wünschenswert: Die tägliche Bewegung steigert die Konzentrations- und Lernfähigkeit, das selbständige Orientieren in der Stadt das räumliche Vorstellungsvermögen und der Kontakt zu anderen Kindern die sozialen Kompetenzen. Je mehr Kinder zu Fuß oder mit dem Fahrrad zur Schule kommen, desto geringer sind Luftverschmutzung und Lärm rund um die Schulen. Gleichzeitig sinkt der Autoverkehr, was weniger Unfallgefahr bedeutet. Und auch die öffentlichen Verkehrsmitteln, die zu Stoßzeiten mit Schüler:innen überfüllt sind, werden entlastet.

Vizebürgermeisterin Schwentner setzt bereits zahlreiche Maßnahmen, um die aktive Mobilität am Weg zur Schule so attraktiv wie möglich zu machen: Dazu gehören u.a. der Ausbau der Fuß- und Radwege, die Einrichtung von Schulstraßen, BiciBus und PediBus, die Aktion „Ein Fahrrad für jedes Kind“ sowie zahlreiche bewusstseinsbildende

Maßnahmen im Rahmen des Schulischen Mobilitätsmanagements (Radfahrtrainings etc.). Auch die neu errichteten Radspielplätze sollen ihren Teil dazu beitragen. Am Ende des Schulweges brauchen die Schüler:innen aber auch sichere Abstellmöglichkeiten an den Schulen. 2022 kamen jedoch lt. Abteilung für Bildung und Integration auf eine städtische Schule im Durchschnitt gerade einmal 16 Fahrradabstellplätze – wobei sechs Schulen über gar keine Fahrradabstellplätze verfügten (VS Liebenau, VS Krones, VS Gösting, VS Geidorf, VS und MS Ferdinandeum) und weitere zehn über weniger als zehn Fahrradabstellplätze. Hinzu kommt die Frage der Qualität: Zwei Drittel der Fahrradabstellplätze sind nicht überdacht. Viele liegen auch nicht unmittelbar beim Eingang, sondern versteckt irgendwo im Umfeld der Schule. Letztendlich sind davon auch nicht nur Schüler:innen, sondern auch das Lehrpersonal betroffen: Auch für sie wird Radfahren attraktiver, wenn sie ihr Fahrrad bequem und sicher abstellen können. Sie haben dadurch auch Vorbildwirkung auf die Kinder. Namens des Grünen Gemeinderatsklubs stelle ich daher an dich als für die städtischen Schulen zuständigen Stadtrat folgende

Frage:

Was hast du unternommen bzw. welche weiteren Schritte planst du, damit in den kommenden Jahren an den Grazer Pflichtschulen eingangsnah qualitativ hochwertige Fahrradabstellplätze errichtet werden können?

Stadtrat Hohensinner:

Lieber Herr Gemeinderat, ich hoffe, dass du nicht erst in der AHS zum Radfahren angefangen hast, weil du beschrieben hast, in der Kirchengasse bist du mit dem Radl in

die Schule gefahren. Also, in der Volksschule, Gott sei Dank hast du schon angefangen, aber das hast du wahrscheinlich nicht so gemeint.

Vorneweg, ich bin froh über deine Frage, es gibt mir die Möglichkeit, dass ich noch einmal ein Update gebe, weil du den Stand von 2022 jetzt angesprochen hast.

Mittlerweile ist viel passiert, auch damals habe ich dir gesagt, dass unsere Abteilung sehr bemüht ist, an allen Schulstandorten hier auszubauen, was die überdachten Radabstellplätze betrifft, aber auch die ohne Dach. Des Weiteren gibt es bereits seit längerem ein Ausbaukonzept für ein Verkehrsmittel, das sich insbesondere bei Kindern immer größerer Beliebtheit erfreut, nämlich das Scooter fahren. Da haben wir auch parallel zu den Abstellplätzen auch Kurse angeboten, dass die Kinder auch mit den Scootern sicher unterwegs sind.

Und jetzt zu den Zahlen von 2022, also von der letzten Frage bis heute, hatten wir einen Zuwachs von 119 überdachten Fahrradabstellplätzen sowie einen Ausbau um 210 nicht überdachter Abstellplätze. Das ist ein Gesamtausbau von 329 Plätzen, entspricht einer Steigerung um knapp 40 %. Darüber hinaus wurden auch die Scooter-Abstellplätze massiv erweitert, von 308 auf 555. Zum momentanen Zeitpunkt gibt es lediglich nur mehr zwei Standorte, Ferdinandeum und Gösting, bei denen auf öffentliche Abstellmöglichkeiten aufgrund der räumlichen und baulichen Voraussetzungen zurückgegriffen werden muss.

Innerhalb unseres GRIPS-Konzeptes schauen wir wirklich mit Nachdruck darauf, dass bei einem Schulneubau oder Umbau ausreichend Fahrradabstellplätze vorgesehen werden. Ein ganz gutes Beispiel ist die Volksschule Statteggerstraße, da haben wir insgesamt 40 Abstellplätze vorgesehen. Also, gerne habe ich dir das Update gegeben. Wir sind bemüht, ich glaube, das ist unser gemeinsames Anliegen, genügend Fahrradabstellplätze bereitzustellen.

Gemeinderat **Kozina-Voit:**

Danke für die Zahlen. Kann man die aktualisierte Tabelle dann wieder bekommen?

Stadtrat **Hohensinner:**

Ja.

Bürgermeisterin **Kahr:**

Nächste Fragesteller, Herr Klubobmann Pascuttini. Er stellt seine Frage an Herrn Stadtrat Eber. Hier geht es um die Busverbindung in die Raach.

6.2 Frage 2: Busverbindung in die Raach (GR KO Mag. Pascuttini, KFG, an StR Eber, KPÖ)

Klubobmann **Pascuttini:**

Hohe Stadtregierung, sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte, lieber Herr Finanzstadtrat, heute wieder eine Frage an Sie. Es war ja schon im Vorfeld dieser Frage die Überlegung, an wen richtige ich diese Frage, an die zuständige Stadträtin und Vizebürgermeisterin für Verkehr oder eben an Sie, weil es doch um eine finanzielle Thematik geht. Die Busverbindung in die Raach, das ist ein Problem, das schon seit vielen, vielen Jahren besteht, wo aber sich die KPÖ, zu meiner Freude damals sehr, sehr sehr früh dahingehend positioniert hat, dass sie die Anliegen der Bevölkerung unterstützt hat. Man hat ganz klar gesagt, damals bei einer Bürgerversammlung, die mit Unterschriften einberufen wurde im Jahr 2019, wo die damalige Verkehrsstadträtin und heutige Bürgermeisterin Elke Kahr versprach, sich dafür einzusetzen, dass die Busverbindung in die Raach ausgebaut wird.

Da geht es jetzt nicht darum, dass neue Buslinien geschaffen werden müssen oder irgendwelche Infrastrukturprojekte groß umgesetzt werden müssen, es ging einfach darum, dass in der Früh und am Abend der Bus ein bisschen früher fährt und abends ein bisschen später, damit die Leute in der Früh zur Arbeit kommen und am Abend wieder nach Hause in die Raach. Das wurde damals versprochen, ein Versprechen zeichnet sich immer dadurch aus, dass es gehalten wird, auch und gerade wenn sich die Umstände ändern. Leider haben wir jetzt erlebt, dass in dieser Causa schon seit fünf Jahren überhaupt nichts weitergeht.

Die KPÖ hat das Bürgermeisteramt 2021 übernommen. Wir haben dann immer wieder Anfragen und Anträge an die Frau Vizebürgermeisterin gerichtet. Wir haben immer wieder eine Antwort zurückbekommen, die auf das Land verwiesen hat. Immer wieder hieß es, für den Ausbau der Busverbindung in die Raach braucht es das Land, braucht es das Land Steiermark. Uns hat es dann irgendwann gereicht. Da haben wir uns dann mit dem Büro vom Verkehrslandesrat Lang zusammengesetzt, der uns dann darüber informiert hat, dass der Ausbau der Busverbindung in die Raach, also sprich, dass der Bus ein bisschen früher in der Früh fährt und ein bisschen später am Abend fährt, dass das ausschließlich eine Frage des Willens der Stadt Graz ist. Willen der Stadt Graz heißt, stellt die Stadt Graz die finanziellen Mittel dafür bereit oder nicht. Deswegen habe ich mich dann entschlossen, diese Frage jetzt nicht an die Frau Vizebürgermeisterin zu richten, sondern an Sie, Herr Finanzstadtrat, weil es im Endeffekt nur darum geht: Ist es der Stadt Graz das Wert, dass die Menschen aus der Raach nicht mit dem Auto in die Stadt fahren müssen, sondern auch den Bus nutzen können oder ist es Ihnen das eben nicht wert?

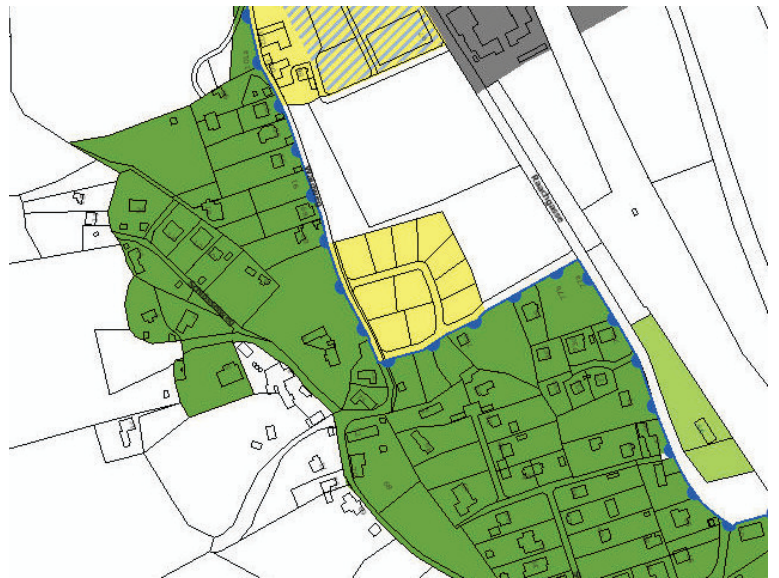
Weswegen ich die Frage an Sie stelle, sehr geehrter Herr Finanzstadtrat: Wann ist mit der Bereitstellung der finanziellen Mittel zu rechnen, die benötigt werden, um den von den Bewohnern der Raach gewünschten Ausbau der Busverbindungen in der Früh und am Abend an Werktagen sowie am Wochenende, der von Ihrer Parteikollegin, Bürgermeisterin Elke Kahr, am 03.06.2019 im Rahmen einer Stadtteilversammlung zum

Thema öffentliche Verkehrsverbindung Graz-Gösting-Raach in ihrer damaligen Funktion als Verkehrsstadträtin versprochen wurde, zu finanzieren?

Originaltext der Anfrage:

Sehr geehrter Herr Finanzstadtrat Eber!

Neben der großen Herausforderung hinsichtlich des Hochwasserschutzes (Hangwasser!) ist der Ausbau der Busverbindungen in die Raach seit Jahren ein großes Bedürfnis der Bewohner. Nachdem aktuell auch die 2. Änderung des BBPL 13.03.2 Waldweg in Auflage ist, die sich von 14 Ein- bzw. Zweifamilienhäusern zu vier 2- und 3-geschoßigen



Baukörpern ändert, zeigt sich auch in der Raach die Entwicklung in Richtung Siedlungsbau, auch wenn es mit dem an das betreffende Grundstück angrenzenden Grüngürtel eine gewisse Begrenzung gibt.

Vor einigen Jahren, nämlich im Jahr 2019 (!), hat die damalige Verkehrsstadträtin und nunmehrige Bürgermeisterin Elke KAHR bei einer von Anrainern mittels Unterschriftenaktion einberufenen Bezirksversammlung in der Pfarre Raach versprochen, den Wünschen der Menschen in der Raach nachzukommen und die Busverbindungen in die Raach auszubauen. Seither ist jedoch nichts passiert!

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz verweisen bei allen in der Vergangenheit vom KFG eingebrachten Initiativen regelmäßig auf das Land Steiermark. Am 29. April 2024

hatte ich daher einen Termin mit Mitarbeitern aus dem Büro von Verkehrslandesrat und Landeshauptmann Stellvertreter Anton LANG, um die Situation zu besprechen. Von Landesseite wurde mir klar dargelegt, dass ausschließlich die Stadt Graz – und NICHT das Land! – für den Ausbau der Busverbindungen in die Raach verantwortlich ist.

Die Anbindung der Raach mit den Grazer Linien bietet die große Chance auch den Grazer Norden gesamt besser anzubinden und Pendler an der Stadtgrenze abzufangen. Hierzu ist ein Ausbau der Infrastruktur mit überdachten Wartehäuschen, Änderung der Linienführung, Ausbau des P&R Weinzödl etc. erforderlich. Weniger Pendler aus dem Norden – aber auch grazweit – werden sowohl den Verkehr entlasten als auch den Parkplatzdruck in Randbezirken reduzieren und potenziell die Verlässlichkeit und Attraktivität der Öffis durch weniger Verzögerung durch Stau erhöhen.

Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrter Herr Finanzstadtrat, namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachstehende

Anfrage

*gem. § 16a der GO des Gemeinderates
der Landeshauptstadt Graz:*

Wann ist mit der Bereitstellung der finanziellen Mittel zu rechnen, die benötigt werden, um den von den Bewohnern der Raach gewünschten Ausbau der Busverbindungen in der Früh und am Abend (an Werktagen) sowie am Wochenende, der von Ihrer Parteikollegin Bgm Elke KAHR am 03.06.2019 im Rahmen einer Stadtteilversammlung zum Thema „Öffentliche Verkehrsanbindung Graz/Gösting Raach“ in ihrer damaligen Funktion als Verkehrsstadträtin versprochen wurde, zu finanzieren?

Bürgermeisterin **Kahr**:

Zu prüfen. Ich habe ziemlich genau diese Versammlung noch in Erinnerung, aber der Herr Stadtrat wird antworten. Danke.

Stadtrat **Eber**:

Danke, lieber Herr Klubobmann, lieber Alexis. Zunächst ein paar Fakten: Wie ist der Zustand jetzt sozusagen? Wir haben mit dem Ortsteil Raach ein Einzugsgebiet von rund 350 Personen, und dieser Ortsteil wird derzeit mit drei Regionalbuslinien bedient. Mit der Linie 120 von Graz nach Stiwoll, mit der Linie 121 nach St. Oswald und mit der Linie 130 nach St. Pankrazen. Wir haben täglich von Montag bis Freitag, werktags, 19 Verbindungen von Graz in die Raach und 22 zurück. Am Samstag sind es 12 bzw. 13, am Sonntag nur drei Verbindungen. Gerade in diesen Randzeiten, auch am Abend, aber natürlich vor allem auch am Wochenende, sind diese Verbindungen natürlich eher etwas dürftig. Auch unter der Woche fährt ja der letzte Bus bereits um ca. 19 Uhr. Die jetzige Frau Bürgermeisterin Elke Kahr hat in ihrer damaligen Funktion, eben als Verkehrsstadträtin, zurecht sich eingesetzt für eine Verbesserung der Anbindung in die Raach. Hat aber natürlich, wie auch aus einer Anfragebeantwortung hervorgeht, vom Februar 2020 vom damaligen Kollegen Rudi Moser, genau, hat sie sich damals auch noch an das Land Steiermark und den steirischen Verkehrsverbund gewandt und sich für eine Taktverdichtung eingesetzt.

Es hat damals bereits ein ausgearbeitetes Konzept gegeben, das vorgesehen hätte, insbesondere die Linie 120 zu verdichten. Kostenpunkt damals wäre bei knapp € 100.000,00 gelegen, wovon die Stadt Graz ein Drittel ungefähr beitragen müsste. Allerdings hat das Land damals sich dafür ausgesprochen, insbesondere auf eine Verdichtung des S-Bahn-Taktes sowie der Regionalbuskorridor Süd zu konzentrieren. Da ist ja auch in den letzten Jahren dankenswerterweise, muss man sagen, auch einiges weitergegangen.

Eine Möglichkeit wäre grundsätzlich natürlich auch die, dass wir eine vierte Buslinie über die Graz-Holding-Linie einführen und neu etablieren. Allerdings wäre es aus meiner Sicht natürlich sinnvoller und vor allem auch finanziell günstiger, auf die bestehenden Verkehrslinien aufzubauen. Eine zusätzliche Linie mit dem städtischen ÖV würde für die Stadt aus heutiger Sicht rund € 500.000,00 an Mehrkosten bedeuten. Im Vergleich zu den rund 33.000,- also damals zumindest soll es inzwischen 40.000 und 50.000 Euro sein, wäre das natürlich wesentlich günstiger, also wenn man die Regionalbuslinien dort ausbauen würde.

Tatsächlich ist es auch so, dass anscheinend, muss ich jetzt nur sagen, ich habe noch keine ganz gesicherte Information, aber anscheinend ist es so, dass das Land bereits in Kürze, noch diesen Sommer, die Verbindungen intensiver gestalten möchte, also den Takt verdichten möchte. Insbesondere auch eben in den Abendstunden und am Wochenende. Da wird es von Seiten des Landes in den nächsten Tagen oder spätestens Wochen eine Information dazu geben. Das heißt, es sind durchaus sehr erfreuliche Nachrichten. Sollte das wider Erwarten doch nicht kommen, dann werden wir im Kontrollgremium besprechen, ob eine Lösung, entweder mit dem Flux-Mobil, der Nachfolge des Busmobils möglich ist, beziehungsweise auch im Verkehrsverbund noch einmal darauf hinweisen, dass hier eine Verbesserung aus unserer Sicht notwendig ist. Danke.

Klubobmann Pascuttini:

Herzlichen Dank, Herr Finanzstadtrat, für die ausführliche Antwort mit durchaus einer positiven Nachricht zum Schluss. Darf ich ein bisschen aufgreifen, was Sie gesagt haben: Es leben zwar um die 350 Personen in der Raach, aber es findet dort eine massive Bebauung statt. Das haben wir im Antragstext auch ausgeführt. Da sind einige große Projekte geplant, die dann auch wirklich sozusagen zu einem Mehraufkommen im Verkehr sorgen werden. Dann werden auch mehr Personen den Bus nutzen, und ich

glaube, die dürftige Auslastung, die Sie kurz auch angesprochen haben, die liegt halt einfach daran, dass die Busse dann fahren, wenn sie die Menschen nicht brauchen. Also, ich sage jetzt, Dienstag um 12:00 Uhr werden wenige Menschen in der Raach den Bus brauchen, wenn die Mehrheit berufstätig ist und in der Früh um 05:00 Uhr, 05:30 Uhr, 06:00 Uhr fahren möchte, also ich glaube, da kann man wirklich jetzt ein bisschen, sozusagen, auch ins Feintuning gehen und sich überlegen, wann schicken wir die Busse in die Raach, wann macht es Sinn, wann schicken wir sie nicht rauf und wann kann man vielleicht noch mehr Menschen mit dem Bus abholen?

Jetzt nehme ich das so mit, dass da grundsätzlich, sozusagen, scheinbar die Takte doch verdichtet werden. Meine Zusatzfrage würde sich jetzt darauf abzielen, wenn jetzt das Land sozusagen Takte verdichtet, findet das dann ohne Kostenbeteiligung der Stadt Graz statt oder wird die Stadt dann diesen Betrag von € 33.000,00, € 50.000,00 oder was auch immer dazuzahlen müssen? Wissen Sie da schon etwas dazu?

Stadtrat **Eber**:

Ich kann dazu noch nichts Näheres sagen, aber ich gehe davon aus, dass natürlich diese Kostenaufteilung bestehen bleibt und wir da auch einen Beitrag leisten werden.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke auch. Nächste Fragestellerin, Frau Gemeinderätin Reininghaus, sie stellt ihre Frage an Frau Vizebürgermeisterin Schwentner.

**6.3 Frage 3: Verkehrssicherheit Kindergarten Kuwassegasse
(GRⁱⁿ Reininghaus, NEOS, an Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner, Grüne)**

Gemeinderätin **Reininghaus**:

Hoher Stadtsenat, geschätzte Kollegen und Kolleginnen, liebe Gäste am Balkon. In meiner Frage an Bau- und Verkehrsstadträtin Mag.^a Judith Schwentner, handelt es sich um die Verkehrssicherheit von Kindern, vor allem von Kindern, beim Kindergarten im Kreuzungsbereich Harter Straße-Kuwassegasse und die Verkehrssicherheit von Kindern ist uns sicherlich allen ein großes Anliegen.

Die Verkehrssituation in der Kuwassegasse wurde in vergangenen Jahren ja schon mehrmals im Gemeinderat thematisiert. Mein Kollege Alexis Pascuttini hat am 15. Juni 2023 einen Antrag eingebracht mit dem Titel „Umgestaltung Kreuzungsbereich Kuwassegasse“ oder noch länger her die Anfrage in der Fragestunde an die damalige Stadträtin Elke Kahr, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 14.06.2018 von ehemaligen Gemeinderat Christoph Hölzel betreffend Gefahrenpotenzial im Kreuzungsbereich Harter Straße-Kuwassegasse. Das Problem ist also schon lange hin bekannt.

Es geht aber nicht nur um die Sicherheit unserer Schüler:innen und Fußgänger:innen im Allgemeinen, sondern auch um Lärm, Raserei, Vermüllung, Luftverschmutzung, Beschädigung von privatem Eigentum und um eskalierende Streits in der Nachbarschaft. Dass diese Probleme seit Jahren existieren, können Sie auch diversen Berichten entnehmen, zum Beispiel im Magazin des Innenministeriums mit dem Titel „Öffentliche Sicherheit“ oder im erst unlängst ausgestrahlten ATV-Bericht mit dem Titel „Nachbarschaftsstreit“. In Letzteren wurde als Hauptgrund der problematischen Situation vor Ort der im Jahr 2016 in der Kuwassegasse erbaute Kindergarten gesehen. Auch Elke Kahr hat quasi in einem Statement gemeint, dass der Kindergarten in der Kuwassegasse aufgrund der Verkehrsverhältnisse eigentlich gar nicht gebaut hätte werden dürfen. Die geschilderten Probleme vor Ort, so wie das Statement unserer Frau Bürgermeisterin Elke Kahr, erwecken den Anschein, dass bei der Planung und

beim Bau des Kindergartens die Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit nicht berücksichtigt wurden.

Deshalb stelle ich namens der NEOS-Gemeinderatsfraktion, gemäß § 16a der Geschäftsordnung für den Grazer Gemeinderat folgende

Frage:

Sehr geehrte Verkehrsstadträtin Mag. Schwentner, was gedenken Sie im Rahmen Ihres Zuständigkeitsbereichs im eigenen Wirkungsbereich zu unternehmen, um die Verkehrssicherheit im Bereich der Kuwassegasse zu verbessern?

Originaltext der Anfrage:

Die Verkehrssituation in der Kuwassegasse wurde in den vergangenen Jahren mehrmals im Gemeinderat thematisiert (siehe dazu zum Beispiel den schriftlichen Antrag, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 15. Juni 2023 von Klubobmann Mag. Alexis Pascuttini betreffend "Umgestaltung Kreuzungsbereich Kuwassegasse" (https://www.graz.at/cms/dokumente/10410958_7768145/21e62718/230615_antraege.pdf) oder die Anfrage in der Fragestunde an die damalige Stadträtin Elke Kahr, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 14. Juni 2018 vom damaligen Gemeinderat Christoph Hötzl betreffend "Gefahrenpotential Kreuzungsbereich Harter Straße/Kuwassegasse" (https://www.graz.at/cms/dokumente/10314862_8576043/4e47df7a/8_H%C3%B6tzl_Kahr_Gefahrenpotential%20Kreuzungsbereich%20Harter%20Stra%C3%9Fe-Kuwassegasse.pdf)).

Doch nicht nur die Sicherheit der sogenannten schwächeren Verkehrsteilnehmer:innen wie etwa Fußgänger:innen gibt Anlass zur Sorge, sondern auch die Beeinträchtigung bzw. Belästigung der Anrainer:innen. So wird von Lärm, Raserei, Vermüllung, Luftverschmutzung, Beschädigung von privatem Eigentum und eskalierenden Streits berichtet. Dass diese Probleme seit Jahren existieren offenbaren diverse Berichte, wie beispielsweise das Magazin des Innenministeriums "Öffentliche Sicherheit"

(https://www.bmi.gv.at/magazinfiles/2018/03_04/initiative%20gemeinsam_sicher.pdf) oder etwa die erst unlängst ausgestrahlte ATV-Sendung mit dem Titel "Nachbarschaftsstreit" (<https://www.joyn.at/serien/nachbarschaftsstreit/6-4-staffel-06-folge-04-kleine-kinder-grosse-probleme>).

In letzterem wurde als Hauptgrund der problematischen Verkehrssituation der im Jahr 2016 erbaute Kindergarten ausgemacht und auf ein Statement von Bürgermeisterin

Elke Kahr verwiesen, wonach in dieser Gasse aufgrund der Verkehrsverhältnisse überhaupt kein Kindergarten gebaut hätte werden dürfen.

Die geschilderten Probleme vor Ort sowie das Statement von Bürgermeisterin Elke Kahr erwecken den Anschein, dass bei der Planung und beim Bau des Kindergartens weder die Auswirkungen auf den Verkehr, noch dessen Einfluss auf die Verkehrssicherheit in der Kuwassegasse in ausreichendem Maße berücksichtigt wurden.

Deshalb stelle ich namens der NEOS-Gemeinderatsfraktion und gemäß § 16a der Geschäftsordnung für den Grazer Gemeinderat folgende

Frage

Sehr geehrte Verkehrsstadträtin Mag.^a Judith Schwentner, was gedenken Sie im Rahmen Ihres Zuständigkeitsbereichs im eigenen Wirkungsbereich zu unternehmen, um die Verkehrssicherheit im Bereich der Kuwassegasse zu verbessern?

Vizebürgermeisterin **Schwentner:**

Danke. Du schilderst, liebe Frau Gemeinderätin, die Situation in der Kuwassegasse sehr eindringlich und offensichtlich beschäftigt sie den Gemeinderat schon, wie du auch ausführst, seit 2018. 2023 war das wieder Thema. Es ist eine spezielle Gasse, wir reden

über 300 Meter-Gasse, wo sich ein Kindergarten befindet und auch eine Tennisanlage, die war da noch nicht erwähnt, und es kommt vor allem, wenn die Kinder in den Kindergarten gebracht werden oder geholt werden zu Stausituationen. Das ist offensichtlich eine belastende Situation. Es hat aber, und vielleicht du erwähnst sozusagen Maßnahmen, es hat 2022 auch nach - jetzt ist der Herr Gemeinderat Klubobmann Pascuttini nicht da – nach einem Antrag von Herrn Mag. Pascuttini, eine Umgestaltung der Kreuzung gegeben, die du auch erwähnst in deinen Ausführungen. Es ist nämlich der nordwestliche Kreuzungsbereich baulich umgestaltet worden und der Gehsteig auf Höhe der Liegenschaft Harter Straße 108 ist verbreitert worden. Zusätzlich ist eine bauliche Umgestaltung des Kreuzungsbereiches in Richtung Süden geplant. Das ist neu. Dort, wo es dann weitergeht, das Problem dort ist, dass bei einem Grundstück ein Grundeinlöseverfahren erforderlich ist. Das ist in Richtung Webling. Dadurch könnten dann zumindest Sichtbeziehungen und Anforderungen fahrgeometrischer Art im Kreuzungsbereich mit der Kuwassegasse und der Harter Straße verbessert werden. Das ist eine Sache, die in Planung ist. Was zusätzlich natürlich ist, dass man berücksichtigen müsste, dass dort Parken und Halten verboten ist, weil die Gasse so eng ist, dass man da nirgendwo stehen bleiben darf. Also, man kann nur auch noch gemeinsam mit dem Straßenamt die Polizei auch bitten, da regelmäßige Verkehrskontrollen durchzuführen.

Die dahinterliegende Ursache ist ein Thema, das wir sehr oft haben, nämlich, dass Eltern ihre Kinder bis vor die Tür führen vom Kindergarten und der Schule und wir es schaffen müssen, dass wir vielleicht eine Elternhaltestelle schaffen oder es auch insgesamt ermöglichen, dass Eltern ihre Kinder zu Fuß in die Schule führen und in den Kindergarten und sozusagen dieses Problem schon einmal vorablösen, indem sie ein Mobilitätsverhalten ändern. Da können wir nur schauen, ob wir im Zusammenhang mit dem Masterplan Gehen, auch die Gehsteig-Situation dort verbessern oder den Radverkehr sozusagen ermöglichen, dass die Menschen, die in den Kindergarten

kommen und ihre Kinder in den Kindergarten bringen, im Umweltverbund unterwegs sind.

Gemeinderätin **Reininghaus:**

Es ist sehr erfreulich, es wurde ja schon einiges unternommen, aber offenbar reicht das vor Ort noch nicht. Also, es gibt in Graz zum Beispiel neun Schulstraßen. Ich weiß, es ist ein Kindergarten, keine Schule, aber wenn das rechtlich möglich wäre, wäre es für Sie denkbar, dass man die Kuwassegasse in eine Schulstraße überführt. Das hieße dann einfach, eine halbe Stunde vor Schulbeginn könnte da keiner reinfahren.

Vizebürgermeisterin **Schwentner:**

Es gibt eine StVO, und es muss StVO-konform sein. Wie gesagt, wir müssen schaffen, dass die Kinder in den Kindergarten nicht mit dem Auto gebracht werden, gerade in so einer Situation wie dort. Deswegen kann man nur die Menschen, sozusagen in irgendeiner Form, versuchen zu motivieren. Das dient der Gesundheit, der Verkehrssicherheit der Kinder. Das wäre insgesamt das Mobilitätsanliegen von uns allen, glaube ich, dass die Kinder sicher dahin kommen.

Bürgermeisterin **Kahr:**

Danke auch. Herr Gemeinderat Huber, als Nächster bitte.

**6.4 Frage 4: Eröffnungsfest Neutorgasse
(GR Huber, ÖVP, an Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner, Grüne)**

Gemeinderat **Huber**:

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

meine Frage bezieht sich auf das geplante Eröffnungsfest in der Neutorgasse Anfang Juli. Und da stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, folgende

Frage:

Wie hoch sind die Gesamtkosten, inklusive Fremdleistungen und Eigenleistungen, für das geplante Eröffnungsfest in der Neutorgasse?

Originaltext der Anfrage:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin - Stellvertreterin Mag.^a Judith Schwentner

Am 5. und 6. Juli soll in der Neutorgasse ein Eröffnungsfest nach der langen blockierenden Baustelle stattfinden. Wenn man die kolportierten Programmpunkte ansieht, entsteht der Eindruck, dass hier erhebliche finanzielle Mittel für die Teileröffnung einer Baustelle ausgegeben werden, die in ihrer Gesamtheit noch 1 ½ Jahre andauern wird.

Deshalb stelle ich an Dich, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin – Stellvertreterin, folgende

Frage:

„Wie hoch sind die Gesamtkosten (Fremdleistungen und Eigenleistungen) für das geplante Eröffnungsfest in der Neutorgasse?“

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Werter Herr Gemeinderat, vielen Dank für die Frage. Ich möchte eines vorwegsetzen: Warum gibt es ein Fest in der Neutorgasse? Wir feiern, wie auch angeführt, einen Zwischenschritt, einen großen Meilenstein im Ablauf der Baustelle. Ich möchte betonen, dass wir im Zeitplan sind, ganz pünktlich, und dass es einen Grund zu feiern gibt, der nicht nur die Neutorgasse betrifft, sondern das gesamte Neutorviertel. Ich möchte auch dazu sagen und das einmal vorweg stellen, nämlich, dass wir punktgerecht Landen kurz vor Ferienbeginn, dass die Neutorgasse und das gesamte Viertel quasi von dieser sehr anstrengenden Zeit jetzt einmal befreit ist, die Neutorgasse befahrbar ist, zumindest dann, kurz danach, nach dem Wochenende für den Regionalverkehr.

Ich möchte bei allen Beteiligten der Stadt Graz, des Hauses Graz, der Holding und vor allem den Arbeitern vor Ort recht herzlich bedanken, weil das war keine leichte Zeit. Sie hatten oft sehr ungute Erlebnisse aufgrund der aufgeheizten Situation und ich glaube, ich kann im Namen von allen im gesamten Gemeinderat sprechen, dass wir uns herzlich bedanken für diese Halbzeit und die Abwicklung der Baustelle. Danke.

Der Wunsch nach einem Fest, ich habe auch gerade mit einem Anrainer gesprochen, das „Eleven“ zum Beispiel, der Wunsch nach einem Fest in der Zeit jetzt ist uns von Unternehmern und Unternehmerinnen herangetragen worden. Wir haben gemeinsam mit Echt Graz da zusammengearbeitet. Der Echt Graz, sozusagen die Unternehmensplattform in der Innenstadt, war das ein Anliegen, wir haben gemeinsam mit der Holding dieses Fest begonnen zu planen, ein Fest für alle, für alle Beteiligten vor Ort und vor allem für die Kinder und Erwachsene und nicht nur die Bewohner:innen dort. Gemeinsam mit der Holding, gemeinsam mit Citymanagement und jetzt ist der Kollege Riegler nicht da, von Anfang an eben auch sozusagen mit dem Kollegen Riegler in Einbindung.

Wir freuen uns, dass wir das Zeitfenster nutzen können und wirklich allen Besucherinnen und Besuchern dieses Festes einen Eindruck zu geben von der neuen

Qualität in diesem Viertel. Deswegen einmal die Einladung an alle, für das Fest für alle, es gibt ein anderes Fest für alle, da ist auch heute die Einladung, die da liegt. Es gibt ein zweites Fest für alle am 05. und 06. Juli in der Neutorgasse und umliegend und wir haben eine ganze Liste, das möchte ich Ihnen nicht vorenthalten, von teilnehmenden Betrieben. Die beginnen in der Oberen Neutorgasse vom Herrn Kriwetz von „Kitsch und Kunst“, über den Friseursalon, über eben die Einbindung von Echt Graz, von „Wein und Co.“, also es geht durch bis in die Kaiserfeldgasse, „inandout Records“, „Linzbichler“, Neutor Apotheke, also von Anfang bis zum Ende sind alle Unternehmer und Unternehmerinnen, Gastronomen und Gastronominnen dabei. Es ist La Strada eingebunden, es gibt Bands, das sind alles Bands aus Graz, die dort spielen und singen werden, es wird Big Band Holding Graz spielen, Masala Brass Kammerchor, Mezzanin Theater, das sind alles Unternehmerinnen, Unternehmer und auch Künstler:innen vor Ort und natürlich kostet das was und das wollen wir uns leisten, weil wir ein Fest für die, die hier doch eine strapaziöse Zeit durchlebt haben, leisten wollen.

Die Kosten dieses Festes, um da auf die Frage zu kommen, das wollen wir uns wohl leisten im Sinne der Wirtschaft und der Gewerbetreibenden, die sich das gewünscht haben von uns, betragen 0,48 % des Gesamtbudgetrahmens. Das sind ungefähr € 200.000,00. Das betrifft von Security-Maßnahmen bis zur Bezahlung nach dem Fair-Pay-Prinzip der Künstler und Künstlerinnen, das Kinderprogramm und alles andere, was da passiert vor Ort. Herzliche Einladung.

Gemeinderat **Huber**:

Vielen Dank, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, für diese sehr ausführliche Antwort zum Programm. Ich glaube, da haben wir einen anderen Zugang, was die Bedeutung dieses Festes angeht, beziehungsweise auch die Notwendigkeit, nachdem diese Baustelle abgelaufen ist, glaube ich, brauchen wir da nicht wirklich ein Fest, aber ok.

Aber wir haben hier einen anderen Zugang. Wir haben in der Vergangenheit schon zwei Dringliche Anträge gestellt für das Citymanagement, dass wir hier mehr finanzielle Mittel beantragen. Ich glaube, das würde den Unternehmen wirklich helfen, da sind wir leider immer abgelehnt worden und deshalb stelle ich es an Sie, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, folgende Zusatzfrage:

Sind Sie bereit, dass Sie sich gemeinsam mit unserem Wirtschaftsstadtrat, Günter Riegler für mehr finanzielle Mittel für das Citymanagement einsetzen?

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Wir haben gesagt, für das Fest und die Abwicklung haben wir das Citymanagement gebeten, gemeinsam daran zu arbeiten, das ist in der Holding angesiedelt und ich freue mich darüber, dass die Bereitschaft da war, dieses Fest gemeinsam zu gestalten. Insofern tragen wir das Fest auch gemeinsam. Das Citymanagement insgesamt liegt in der Verantwortung von Kollegen Riegler, der jetzt leider nicht da ist und für den ich nicht antworten kann, wie er das künftig gestalten will. Das können wir gerne gemeinsam diskutieren.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke schön. Kollege Riegler hat sich bei mir entschuldigt für eine halbe Stunde aus beruflichen Gründen. Wollte ich nur anmerken. Und anmerken möchte ich auch noch, weil es ja doch auch um Information geht: Wir haben gerade, was die Neutorgasse betrifft, neben allem, was meine Kollegin schon gesagt hat, allein aus meinem Budget für die Wirtschaftstreibenden dort über € 500.000,00 bereitgestellt. Das möchte ich hier nur erwähnen. Unter anderem auch noch zusätzlich Echt Graz, die sich auch für diese Bemühungen wirklich auch sehr, sehr bedankt haben.

Als nächste Fragestellerin darf ich bitten, Frau Gemeinderätin Slama. Sie stellt ihre Frage an Herrn Stadtrat Hohensinner.

**6.5 Frage 5: Jugendgemeinderat
(GRⁱⁿ Slama, Grüne, an StR Hohensinner, MBA, ÖVP)**

Gemeinderätin **Slama:**

Liebe alle, lieber Kurt, wir haben ja schon gemeinsam auch über dieses Commitment zu einer grundsätzlichen Jugendbeteiligung, vor allem einer gewählten Jugendbeteiligung, gemacht. Es ist ja auch in der Jugendstrategie schon verankert. Jetzt ist die

Frage

für 2025, also, 2025 ist das erste Mal ein gewählter Jugendgemeinderat geplant. Wie ist da derzeit der Stand der Entwicklungen?

Originaltext der Anfrage:

*Sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Kurt,
namens des Grünen Gemeinderatsklubs stelle ich an dich folgende*

Frage:

Wie ist der Stand der Entwicklung des laut Jugendstrategie für 2025 anberaumten ersten gewählten Jugendgemeinderates?

Stadtrat **Hohensinner:**

Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Anna, danke für die Frage. Sie gibt mir die Möglichkeit, heute ein bisschen etwas über die Jugendpartizipation in der Stadt Graz

zu erzählen. Wie du weißt, und du hast das eh schon angemerkt, ist mir dieses Thema ein großes Anliegen und vor allem auch dem Amt für Jugend und Familie. Ich möchte Ingrid Kramer auch an dieser Stelle willkommen heißen, die auch heute der Sitzung beiwohnt.

Wir haben gerade jetzt mit dem Kinder- und Jugendschwerpunkt wirklich eine tolle Kinder- und Jugendbeteiligung zusammengebracht, speziell in den letzten zwei Jahren. Wir haben zwei große Befragungen gehabt: „Sommer des Zuhörens“, da haben wir die Kinder befragt, und wir haben auch eine große Jugendbefragung mit dem Namen „LASS HÖREN“ durchgeführt. Insgesamt haben wir 2.800 Kinder und Jugendliche erreicht, die uns eben ihre Meinung gesagt haben über die städtische Infrastruktur und wie sie sich das Zusammenleben in Graz vorstellen. Nicht unerwähnt möchte ich auch eine permanente Jugendbeteiligungsmöglichkeit hier erwähnen. Das sind unsere 13 Jugendzentren, die wirklich eine hervorragende Arbeit leisten. Da habe ich auch ein paar Zahlen mitgebracht. Allein im Jahr 2023 haben 7.000 unterschiedliche Jugendliche ein Jugendzentrum in Graz besucht. Insgesamt hat es im Jahr 2023 61.000 Kontakte gegeben. Das entspricht einem Anteil von 12,3% an der Gesamtpopulation der 12- bis 26-Jährigen. Da möchte ich einfach ein großes Dankeschön an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Grazer Jugendzentren aussprechen.

Und jetzt auch die angesprochenen Beteiligungsformate. Wir haben ein Kinderparlament, wir haben proAct. proAct hat ja, du warst glaube ich selbst mit dabei, vor einem Monat stattgefunden. Sieben tolle Projekte sind hier aufgenommen worden. 300 Wahlberechtigte haben ihre Stimme abgegeben. Wir haben dann ein jüngerer Projekt, das ist der Jugendrat. Diese Idee habe ich auch aus der Schweiz, quasi vor Jahren in Graz vorgeschlagen, und das haben wir jetzt erprobt von 2019 bis 2023. Da muss ich sagen, das Konzept ist toll. Wenn man jetzt nicht nur die anspricht, die Jugendlichen, die sowieso mitreden wollen, sondern man schreibt die Jugendlichen in einer gewissen Altersgruppe an und hofft, dass sie dann auch vorbeischauen und mitdiskutieren wollen. Der Andrang war hier mäßig, muss man sagen, und der

Jugendgemeinderat, den wir in der Jugendstrategie festgeschrieben haben, soll ja eine Weiterentwicklung des Jugendrates sein.

Von dem her, weil jetzt im Rückspiegel betrachtet der Jugendrat nicht so gut angenommen wurde, würde ich vorschlagen, dass wir uns im Sommer zusammensetzen. Also diese Einladung möchte ich jetzt aussprechen, alle Jugendsprecher, und dass wir dann darüber diskutieren, wie wir diesen Jugendgemeinderat dann auch wirklich in der Praxis umsetzen. Der wird jetzt ein bisschen anders ausschauen, wie ursprünglich angedacht, aber das würde ich gerne mit euch gemeinsam diskutieren und besprechen.

Und abschließend, und da sind wir uns, glaube ich, alle einig, dass wir nicht über Kinder und Jugendliche reden wollen, sondern mit ihnen und dass wir die besten Möglichkeiten uns aussuchen sollten, dass die Kinder und Jugendlichen eine Plattform haben, ihre Wünsche und ihre Anliegen persönlich kundzutun. Das ist mein Herzensanliegen.

Gemeinderätin Slama:

Danke für die Beantwortung. Ich nehme die Einladung auch sehr, sehr gerne an. Ich glaube, wir als Jugendsprecher/ -sprecherinnen haben das sehr oft gehört von sehr vielen Seiten, auch sehr vielen Jugendliche - das merkt man ja auch im Jugendcafé - schon dieses Einbringen in die lokale Politik auch ein Anliegen ist. Also, ich glaube, wir finden das sicher eine gute Möglichkeit. Aber dann spare ich mir meine Nachfrage, wann wir mit dem Konzept rechnen können, und freue mich auf die gemeinsame Arbeit am Konzept.

Stadtrat **Hohensinner**:

Ich freue mich auch. Das war keine Frage jetzt, das war eine Anmerkung der Frau Gemeinderätin. Wir werden es gemeinsam auf eine gute Schiene bringen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Als nächstes Herr Gemeinderat Winter. Er stellt seine Frage an die Frau Vizebürgermeisterin Schwentner.

**6.6 Frage 6: Projekt Umweltamt zu lärmintensiven Veranstaltungen
(GR Mag. Winter, KFG, an Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner, Grüne)**

Gemeinderat **Winter**:

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, werte Frau Vizebürgermeisterin, die Landeshauptstadt hat, Gott sei Dank, muss man sagen, eine große Veranstaltungsdichte. Das spricht auch für die Stadt Graz mit Sicherheit. Eine Anfrage von uns hat ergeben, dass pro Jahr in Graz ca. 7.000 Veranstaltungen durchgeführt werden und über 1.600 Verfahren hinsichtlich Veranstaltungen abgewickelt werden müssen. Das spricht, wie gesagt, für einen großen Aufwand der Verwaltung, aber auch für die Stadt an sich. Wir haben die unterschiedlichsten Veranstaltungen, wie wir wissen, von Laufveranstaltungen über Volksfeste, über Musikveranstaltungen. Die gesamte Palette der Veranstaltungen wird in unserer Stadt ausgeübt und findet statt. Und natürlich, überall wo es eine Sonnenseite gibt, gibt es potenziell auch eine Schattenseite. Natürlich ist es so, dass bei manchen Veranstaltungen, würde wahrscheinlich sogar sagen, bei einer größeren Anzahl von Veranstaltungen, auch das Thema Lärm und Lärmbelästigung durchaus eine Rolle spielt. Die Innenstadt ist aber eben nicht nur ein großer Veranstaltungsort, sondern er ist halt auch ein Wohnort für

Anrainer und natürlich ist es bei Veranstaltungen, bei Bewilligungen für Veranstaltungen mitzubedenken, dass Lärmauflagen existieren und dass teilweise auch Lärmgutachten eingefordert werden, damit eine Bewilligung stattfinden kann. Erfreulicherweise gibt es von Seiten des Umweltamtes ein Pilotprojekt, nämlich die Veranschaulichung von lärmintensiven Veranstaltungen zu ermöglichen. Das ist ein Begriff, der vielleicht ganz gut in unser politisches System und auch in unsere politische Zeit passt, weil einerseits durchaus sehr schwammig und teilweise auch etwas unbestimmt ist und natürlich gehen mit dieser Schwammigkeit von dem Begriff auch die ein oder anderen Probleme oder Unschärfen bei der Dokumentation einher. Genau deswegen unsere

Frage:

Welche Ergebnisse hat das in der Beantwortung erwähnte, aber nicht näher beschriebene Projekt, eben Veranschaulichung lärmintensiver Veranstaltungen des Umweltamtes bisher hervorgebracht?

Originaltext der Anfrage:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin- Stellvertreterin!

Laut der Beantwortung unserer Anfrage (Gemeinderatsanfrage Nr.: 991/2024) zur Veranstaltungsdichte in Graz finden in der Stadt Graz pro Jahr etwa 7.000 Veranstaltungstage, die in etwa 1.600 Verfahren abgehandelt werden, statt. Eine genauere Auflistung war aufgrund dieser Zahlen und zeitlichen Gründen nicht möglich.

Es handelt sich nur um Veranstaltungen, die in den Anwendungsbereich des Steiermärkischen Veranstaltungsgesetz 2012 StVAG fallen. Beispielhafte Aufzählung: Laufveranstaltungen, Musikveranstaltungen, Volksfeste, Straßenfeste. Viele dieser Veranstaltungen verursachen potenziell Lärmerregungen im Umfeld und kann mangels

genauerer Daten nicht gesagt werden, welche Veranstaltungen zum Beispiel mit Musikdarbietungen einhergehen.

Um jedoch die Entwicklung der Veranstaltungen und damit die Lärmbelastung der vor allen in den Inneren Stadtbezirken wohnenden Menschen zu dokumentieren und nötigenfalls entgegenwirken ist eine Aufzeichnung der Entwicklungen sicher sinnvoll und angebracht. Zwar werden zum Schutz der Anrainer Lärmschutzaufgaben vorgeschrieben oder bei der Bewilligung von Veranstaltungsstätten Lärmschutzgutachten eingefordert, jedoch spielt sicher auch die Häufigkeit der „Beschallung“ bei aufeinanderfolgenden Veranstaltungen eine Rolle, die zu Unmut in der Bevölkerung führen kann.

In der Beantwortung wurde zudem darauf hingewiesen, dass es seit Ende des Jahres 2023 ein Pilotprojekt des Umweltamtes gibt, dass lärmintensive Veranstaltungen im Freien veranschaulichen soll. Das Projekt wird vom Umweltamt betreut.

Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin-Stellvertreterin, namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachstehende

Anfrage

*gem. § 16a der GO des Gemeinderates
der Landeshauptstadt Graz:*

Welche Ergebnisse brachte das in der Beantwortung erwähnte, aber nicht näher beschriebene Projekt (Veranschaulichung lärmintensiver Veranstaltungen) des Umweltamtes bisher?

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Werter Herr Gemeinderat, Sie sprechen ein sehr wichtiges und sensibles Thema in unserer Stadt an, nämlich dieses Spannungsfeld zwischen dem, dass wir als Politik natürlich ermöglichen wollen, dass die Menschen feiern können, dass Veranstaltungen stattfinden, dass es sehr viele möglichen Kategorien von Public Viewing, das wir jetzt wieder haben, bis zu Laufveranstaltungen und Konzerten, dass wir das ermöglichen, und zum anderen, dass gewährleisten müssen, dass Anwohnerinnen und Anrainerinnen vor Ort nicht so sehr belästigt sind, vor allem von dem Lärm. Das ist ein Spannungsfeld, in dem wir uns ständig bewegen und deswegen hat das Umweltamt letztes Jahr gemeinsam mit dem Veranstaltungsreferat eine Voruntersuchung gestartet für einen solchen Veranstaltungskataster, damit es einmal eine Grundlage und einen Überblick gibt über all das, was im Jahresverlauf an genehmigten Veranstaltungen stattfindet und man eine Beurteilungsgrundlage hat für den potenziellen Veranstaltungslärm. Nicht nur in der Lärm-Lautstärke, sondern auch in der Verträglichkeit, nämlich sozusagen in der Summe an Veranstaltungen. Das Ganze ist ein Expert:innentool, der Hilfestellung ist zur objektiven Beurteilung der zuständigen Behörden, nämlich Veranstaltungsreferat und dann auch, was die Lärmgutachten anbelangt, das Umweltamt. Das kann ich zu diesem Projekt antworten.

Gemeinderat **Winter**:

Also in dem Zusammenhang möchte ich noch einmal erwähnen, dass es sehr positiv ist, dass es dieses Pilotprojekt gibt, im Rahmen dessen die lärmintensiven Veranstaltungen besser dokumentiert und besser erfasst werden. Für mich wäre es interessant und natürlich auch für die Anrainer wäre es interessant, einerseits, dass man hier die Ergebnisse, die dieses Pilotprojekt mit ausarbeitet, sonst wäre es ja sinnlos, auch öffentlich publiziert. Würden Sie sich dafür aussprechen, dass man die

Ergebnisse dieses Pilotprojekts auch, zumindest auf der Homepage der Stadt Graz, einsehen kann?

Bürgermeisterin **Kahr**:

Ich darf den Vorsitz an die Frau Vizebürgermeisterin übergeben.

Vorsitzwechsel – VizeBgm Mag. Schwentner übernimmt den Vorsitz (12.57 Uhr).

Bürgermeisterin **Kahr**:

Lieber Herr Gemeinderat Winter, es ist eine sehr ungewöhnliche Beantwortungssituation, aber warum ist die, und deswegen habe ich auch bewusst Sie gebeten, die Zusatzfrage zu stellen, weil die Frage an die Kollegin Vizebürgermeisterin zu dem Thema zwar vom Umweltamt und den Umweltkataster richtig ist, aber die Beauftragung oder die Bitte an das Umweltamt hier einen Maßnahmenkatalog und ein Projekt zu erstellen ist von unserem Bürgermeisteramt ausgegangen und deshalb kann die Kollegin das jetzt nicht beantworten und möchte ich Ihnen das beantworten.

Anknüpfend an dem, was die Kollegin Schwentner schon gesagt hat, was den Veranstaltungskataster betrifft, der ja übrigens erstmalig ist, der bietet uns überhaupt die Grundlage, um eine detaillierte Übersicht zu bekommen und ist auch die Basis künftig hin, nicht nur für den inneren Bezirk, wo natürlich die Häufigkeit am größten ist, sondern auch für andere Stadtbezirke in unserer Stadt, wo man gemerkt hat, wo es ja auch eine hohe Häufigkeit von Veranstaltungen und vor allem in einer besonderen Lautstärke stattgefunden haben.

Im Motivenbericht haben Sie das alles eh erwähnt und das ist auch der Grund, warum wir hier auch tätig geworden sind, weil das Thema ist ja schon so lange ich im Gemeinderat bin, ein Thema. Wir haben jetzt aber als erstes einmal sauber die

Straßenmusikverordnung abgearbeitet. Das ist nicht unwichtig, weil auch das hat sehr viele Runden benötigt, sehr viel Einbeziehung und sehr viel fachliche Expertise. An der Stelle möchte ich mich auch beim Präsidialamt und insbesondere beim Doktor Wonisch bedanken, der uns hier logistisch wirklich auch super begleitet hat. Das haben wir in der letzten Gemeinderatssitzung auch so beschlossen. Jetzt ist der nächste Schritt, nämlich aufgrund dieses Katasters, den wir jetzt zur Verfügung gestellt bekommen haben, die nächsten Schritte anzugehen. Es hat schon Gespräche gegeben und der nächste Schritt ist jetzt, mit den Experten und mit dem Präsidialamt noch vor dem Sommer innerhalb der Koalition eine Grundlage zu erarbeiten, um allen Kolleginnen und Kollegen dann sozusagen eine Vorlage bieten zu können, die jetzt endlich in einem Beschluss münden muss, weil das muss ja auch rechtlich alles halten. Ich halte das, um nur das persönlich anzumerken, für dringend notwendig sogar, weil wir vor allem, was die Lautstärke betrifft, bei vielen, vielen Veranstaltungen wirklich viel zu überbordend sind. Das ist, wie Sie gesagt haben, das beginnt bei sportlichen Veranstaltungen und endet natürlich bei Festen. Wir müssen da wirklich aufpassen. Wir muten da einfach der Wohnbevölkerung zu viel zu und Sie werden dann aber rechtzeitig alle Fraktionen natürlich dieses ausgearbeitete Stück zur Besprechung dann vorgelegt bekommen.

Vorsitzwechsel – Bgm Kahr übernimmt den Vorsitz (13.00 Uhr).

Bürgermeisterin **Kahr**:

Als nächstes darf ich bitten, Frau Gemeinderätin Hopper. Sie stellt ihre Frage an meine Kollegin Vizebürgermeisterin Schwentner.

**6.7 Frage 7: Remise Steyrergasse
(GRⁱⁿ Hopper, ÖVP, an Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner, Grüne)**

Gemeinderätin **Hopper**:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geschätzte Vizebürgermeisterin, meine Frage bezieht sich auf den Masterplan Maintenance Graz Linien. Wir haben hier im vergangenen November den zweiten Planungsbeschluss der Teilprojekte Steyrergasse Süd und Auer-Welsbach-Gasse im Gemeinderat beschlossen. Unter anderem findet sich in diesem Stück unter dem Punkt 4, nämlich der Kostenschätzung, natürlich die Kostenschätzung zum aktuellen Stand, also im Oktober 2023, aber auch der Beschluss darüber, dass die Gesamtprojektkosten jetzt zu optimieren sind.

Wir haben hier dann auf der Seite 6 des Antrages, wo es zur Optimierung weitergeführt ist, dass auch der Zeitplan eingehalten werden soll, insbesondere deshalb, um die 15 langen Straßenbahnen auch richtig bestellen zu können, damit die Einreichplanungen auch zeitgerecht abgeschlossen werden können.

Vor dem Hintergrund, und jetzt bin ich zwar nicht im Fachausschuss, aber sehr wohl im Finanzausschuss, und daher mit diesem Stück befasst gewesen, darf ich den Antrag hier bzw. Sie fragen, inwieweit diese Einreichplanungen bzw. auch der externe Evaluierungsbericht, von dem auch unter dem Punkt 4 Kostenschätzung gesprochen wird, bereits abgeschlossen werden können.

Originaltext der Anfrage:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin - Stellvertreterin Mag.^a Judith Schwentner

Im November 2023 beschloss der Grazer Gemeinderat ein Stück betreffend die Remise Steyrergasse. Ein wesentlicher Satz in diesem Stück war: „Um den Zeitplan einhalten zu können, der auf die Anlieferung der 15 langen Straßenbahnen aber vor allem auf die BALSА-Altlastensanierung abgestimmt ist, müssen die eisenbahn- bzw. baurechtlichen Einreichplanungen bis Juni 2024 abgeschlossen sein.“

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin – Stellvertreterin folgende

Frage:

„Ist diese Einreichplanung bzw. dieser externe Evaluierungsbericht abgeschlossen und welche weitere Vorgehensweise ist nun geplant?“

Vizebürgermeisterin **Schwentner:**

Danke. Um es kurz zu halten, wir alle wissen, um eine klimafreundliche Mobilität und klimafitte Mobilität gewährleisten zu können, auf das Straßenbahnnetz angewiesen sind und das Straßenbahnnetz von großer Bedeutung ist. Wir brauchen Kapazitätsausweitungen, Stichwort Remisen, in Bezug auf Infrastruktur für Abstellung, Wartung und Reparatur. Wir sind im Zeitplan, was die Remise Eggenberg anbelangt, im Ausbau und für das Abstellen von 15 neuen zusätzlichen Straßenbahnen.

Und wir haben tatsächlich im November 2023 diesen Beschluss gefasst, weitere Planungsmitteln für die Remise Steyrergasse zur Verfügung zu stellen.

Und Sie haben es angesprochen, Sie sind nicht im entsprechenden Fachausschuss, weil es gestern dort Thema war und wir auch gestern, unsere Fachabteilungen angekündigt haben, dass im Juli dieser Bericht, den Sie einfordern, dem Gemeinderat vorgelegt wird zur Diskussion.

Gemeinderätin **Hopper:**

Vielen Dank, so hat auch die Öffentlichkeit die Möglichkeit diese Info zu haben. Um noch einmal auf die Ausschüsse zurückzukommen: Wir haben hier ja auch explizit im Antragsstück drinnen und das ist etwas, was mich sehr wohl im Finanzausschuss sehr interessiert, auch die externe Begleitung hier drinnen gehabt. Können Sie mir vielleicht

eine Information darüber geben, kostentechnisch, wie viel für diese externe Evaluierung angefallen ist an Zusatzkosten?

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Das kann ich Ihnen jetzt auswendig und unvorbereitenderweise auf diese Frage nicht liefern, aber das ist ein Beschluss des Kontrollgremiums und der Bericht wird natürlich auch im Kontrollgremium diskutiert und dem Kontrollgremium vorgelegt. Sie wissen, wer alles im Kontrollgremium vertreten ist und spätestens beim nächsten Mal wird man wohl auch die Kosten dafür mitliefern können. Fakt ist, dass diese externe Prüfung sehr, sehr relevant war, weil wir ja bis zum Beschluss, oder zu dem, was uns jetzt vorliegt oder bis zu diesem Beschluss im November, nicht einmal die Mittel dafür gewährleistet hatten für den Bau der Remise. Das war ja auch in der Vergangenheit nie abgesichert. Wir haben jetzt zum einen geschaut, das ist ja auch kein Geheimnis, eine modulhafte Planung dieses Vorhabens zu gewährleisten, die entsprechend sozusagen dem Steuerzahler, der Steuerzahlerin transparent gemacht wird. Und alles das wird im Rahmen des Prüfberichts beim nächsten Mal Ihnen vorgelegt werden.

Gemeinderätin **Hopper**:

Dann freuen wir uns auf Juli.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Nächste Fragestellerin, Frau Gemeinderätin Schleicher richtet ihre Frage an Frau Vizebürgermeisterin Schwentner.

**6.8 Frage 8: Verkehrszählungen Marburger Straße und Umfahrungsstraßen
(GRⁱⁿ Mag.^a Schleicher, KFG, an Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner, Grüne)**

Gemeinderätin **Schleicher**:

Hoher Gemeinderat, werte Zuseher, sehr geehrte Frau Vizebürgermeister. In meiner Frage geht es um die Marburger Straße, die ist ja vorheriges Jahr zur Fahrradstraße gemacht worden und polarisiert seitdem. Regelmäßig werde ich von Leuten angesprochen, die die Sinnhaftigkeit dieser Straße hinterfragen, weil es in der Umgebung einfach mehr Stau gibt als vorher. In der St. Peter Hauptstraße, in der Petrifelderstraße und die Anrainer finden auch, dass in ihren eigenen Wohnstraßen mehr Verkehr ist als vorher, die dann eben als Ausweichrouten verwendet werden. Ich habe zu den Verkehrszählungen voriges Jahr im Oktober schon eine Frage gestellt, habe bis heute keine Antwort bekommen und obwohl Sie Anfang März über die Zeitung Zahlen veröffentlicht haben, aber eben nur von drei Ausweichrouten. Auch der Verein MoVe iT Graz hat diese Zahlen veröffentlicht und groß getönt, es hätten sich 1.004 Autos dadurch aufgelöst und das, obwohl eben nur drei Gassen da offenbar berücksichtigt wurden. Da fühlen sie die Anrainer einfach gefrotzelt und haben sich deshalb bei uns gemeldet.

Was ist mit der Wittenbauerstraße, mit der Händelstraße und vor allem, was ist mit der Petrifelderstraße, warum gibt es da keine Zahlen dazu oder warum sind die noch nicht veröffentlicht worden?

Auch auf der Website von der Stadt Graz sind diese Zählungen offenbar nicht vollständig, wie es aber bei der Bezirksversammlung voriges Jahr angekündigt worden ist. Irgendwie hat man das Gefühl, diese Fahrradstraße muss um Biegen und Brechen ein großer Erfolg werden und deshalb meine

Frage

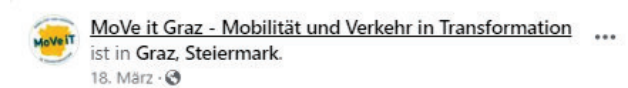
namens des KFG, wann werden Sie die gesamte Auswertung der Verkehrszählung rund um die Marburger Straße offenlegen?

Originaltext der Anfrage:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister- Stellvertreterin!

Seit März 2023 besteht die Verordnung zur Fahrradstraße, zu der anschließend eine Bezirksversammlung stattfand, in der auch die Verkehrszählungen vor Inkrafttreten vorgestellt wurden. Rund sechs Monate nach Beginn der Fahrradstraße, stellten wir in der Gemeinderatssitzung vom 19. Oktober folgende zwei wesentlichen Fragen:

1. Wann sind die Zählungen des Verkehrsflusses nach der Umgestaltung abgeschlossen und der Öffentlichkeit zugänglich?
2. Wird es einen direkten Vorher-Nachher Vergleich geben?



#Verkehrsberuhigung und #Fahrradstraße in der Marburger Straße zeigen wie die Ziele des Grazer Mobilitätsplan 2040 (Steigerung der nachhaltigen Mobilität auf 80 %) erreicht werden können. Maßnahmen, welche nachhaltige Mobilität attraktiveren und gleichzeitig den Kfz-Durchzugsverkehr unterbinden, haben einen positive Auswirkungen auf das Mobilitätsverhalten.

Die Fahrradstraße, die mit der sinnvollen Begleitmaßnahme von Pollern seit fast einem Jahr die Marburger Straße für de... Mehr anzeigen



Bis dato erhielten wir am 15. März 2024 lediglich die Antwort, dass es noch keine Antwort gibt, obwohl Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin-Stellvertreterin am 05. März 2024 über die Zeitung die Zahlen – lediglich - DREIER-Ausweichrouten offenlegten. Obwohl Sie für die Händelstraße Maßnahmen auf Grund der Zunahme des KFZ-Verkehrs medial ankündigten, wurden hier keine Zählungen veröffentlicht? Am 18. März 2024 veröffentlichte auch MoVe iT auf ihrer Facebook Seite diese Zahlen mit dem populistischen Slogan „Verkehrsberuhigung löst Verkehr auf“. Auch hier wurde jedoch auch nur der Vergleich Marburger Straße und 3 weiterer Straßen (Neufeldweg, St.-Peter-Hauptstraße, Schiebergasse) veröffentlicht.

Laut des Postings schreibt man der Fahrradstraße die Auflösung von sage und schreibe 1004 Auto zu.

Betrachtet man das betreffende Gebiet kommen weitere Straßen wie beispielsweise die Wittenbauerstraße und Händelstraße hinzu, die Potenzial als Ausweichrouten haben und somit die populistisch aufgebauchte Zahl von 1004 Fahrzeugen nicht halten kann.

Auch die Öffentlichkeit wurde nicht wie bei der Bezirksversammlung angekündigt über das „vollständige“ Ergebnis der Zählungen informiert. Die Website der Stadt Graz zu einem Jahr

Fahrradstraße <https://www.graz.at/cms/beitrag/10424814/7759964/#:~:text=Im%20November%202022%20wurde%20%C3%BCber,der%20Radfahrer%3Ainnen%20kontinuierlich%20gez%C3%A4hlt.>) enthält ebenso keine vollständigen Zahlen zu Ausweichrouten für den KFZ Verkehr. Dass hier mögliche Naheverhältnisse und ein politisches Interesse bestehen, sei auch nur am Rande erwähnt.

Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin-Stellvertreterin, namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachstehende

Anfrage

*gem. § 16a der GO des Gemeinderates
der Landeshauptstadt Graz:*

Wann werden Sie die gesamte Auswertung der Verkehrszählung rund um die Marburger Straße offenlegen?

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Werte Frau Gemeinderätin, Sie sprechen es an, das Thema ist wirklich nicht zum ersten Mal im Gemeinderat und auch ich kenne die Anwohner:innen und auch ihre Bedenken. Wir sind immer wieder im Gespräch, vor allem mein Kollege Kozina-Voit ist sehr intensiv im Gespräch mit der Bürger:inneninitiative vor Ort. Ich möchte aber auch eines sagen: Die Fahrradstraße, und es mehren sich die Schreiben, die E-Mails, die ich bekomme, wo ich wirklich gebeten werde, die Fahrradstraße nicht aufzuweichen, nicht aufzulösen, weil die Anrainer:innen extrem zufrieden sind und sehr, sehr glücklich darüber, dass es die gibt. Es kommen wirklich sehr viele positive Reaktionen und die möchte ich einmal nicht unerwähnt lassen, nämlich in einer Situation, wo diese Fahrradstraße nicht einmal ihren ersten Sommer erlebt hat. Die Zeit nämlich, wo am meisten Menschen mit dem Fahrrad unterwegs sind.

Wir haben begleitend zur Umsetzung Verkehrszählungen und verkehrspsychologische Evaluierungen durchgeführt, um valide Aussagen treffen zu können werden sowohl Autos als auch Radfahrerinnen und Radfahrer in der Marburger Straße und in den umliegenden Straßen gezählt. Diese Zählung fand vor der Umsetzung im März 2023 statt, nach der Verordnung der Fahrradstraße im Mai 2023, sowie zuletzt im April 2024, weil sonst haben wir ja keine Vergleichswerte und es ist wichtig, diese Vorher-Nachher-Vergleiche auch zu verschiedenen Jahreszeiten zu haben.

Wir haben die Ergebnisse im Mai, also vor rund einem Monat, erhalten. Die werden jetzt aufbereitet und dann auch auf der Webseite der Stadt Graz veröffentlicht. Zu den Ergebnissen, soweit sie jetzt vorliegen, Sie haben gefragt nach den einzelnen Straßenzügen, die Zählpunkte wurden weiter ausgebaut und die letzte Zählung hat in acht Straßen stattgefunden: Marburger Straße, St. Peter Hauptstraße, Nussbaumer Straße, Händelstraße, Wittenbauerstraße, Scheigergasse, Brucknerstraße und Neufeldweg. Zu den fünf dieser Straßen haben wir jetzt einmal Vorher-Nachher-Zählungen. Diese Erhebungen zeigen folgendes Ergebnis: In der St. Peter Hauptstraße hat der Verkehr variiert und zuletzt hat er geringfügig abgenommen. In der

Wittenbauerstraße ist der Verkehr in etwa gleichgeblieben. In der Marburger Straße hat es eine Reduktion gegeben, kein Wunder, wegen der Durchfahrtsperre, und am Neufeldweg und in der Scheigergasse hat es eine tatsächlich nicht erwünschte Verkehrszunahme gegeben. Deswegen haben wir jetzt einmal erste Sofortmaßnahmen umgesetzt, um das Durchfahren möglichst unattraktiv zu gestalten. Wir haben die Parkplätze - Verkehrsabteilung ist da - wechselseitig angeordnet und mit Leitbalken abgegrenzt. Die Erhebungen zeigen, dass sich dadurch die Verkehrsgeschwindigkeit reduziert, das heißt, zunehmende Verkehrssicherheit gegeben wird. Wir arbeiten gerade, oder die Verkehrsabteilung arbeitet gerade, weitere Maßnahmen aus, um den Durchzugsverkehr im Wohngebiet, das ist uns natürlich wichtig und das nehmen wir natürlich ernst, Neufeldweg, Händelstraße und Scheigergasse weiter zu reduzieren. Wir werden da auch die Bevölkerung vor Ort einbeziehen, weiter einbeziehen, weil wir, nicht nur wir jetzt als sozusagen mein Büro, aber auch der Kollege Kozina-Voit, sondern vor allem auch die zuständigen Referent:innen in der Abteilung für Verkehrsplanung, mit der Bevölkerung vor Ort in Kontakt sind.

Gemeinderätin Schleicher:

Ja, bitte. Danke für die Beantwortung. Ich bin gespannt, was die Zählungen hervorbringen werden. Was die Fahrradfahrer betrifft, weil das war auch etwas, wo die Bürger an uns herangetreten sind, dass in der Marburger Straße oft gähnende Leere ist und da wäre es interessant dann zu wissen, wie viele Radfahrer das nutzen, das Angebot. Gibt es diesen Bedarf überhaupt? Weil diese ganzen Umbauten sind ja sauer teuer und die Leute fragen sich das dann auch, ob das angenommen wird und sich auch auszahlt oder ob das einfach nur ein ideologischer Fahrplan ist. Meine Zusatzfrage ist, warum ist die Petrifelderstraße nicht gezählt worden, weil da staut sich es wirklich massiv seit der Sperre und wie wir wissen, Stau verursacht Emissionen und da ist die Anzahl der Autos nicht so wichtig, wenn die dann Minuten lang stehen.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Vielleicht zum ideologischen Fahrplan: Ich möchte daran erinnern, dass die Marburger Straße ein Teil, der hier im Gemeinderat und meiner Erinnerung nach einstimmig beschlossenen Radoffensive ist, teilweise, vor allem die Pläne jetzt in der Planerarbeitung, stammt das noch aus der vorhergehenden Periode, wir sind jetzt in der Umsetzung. Die Umsetzung braucht Mut und auch Zeit und auch Geduld für viele, aber wir setzen das sukzessive um und die Marburger Straße ist ein Teil davon. Ein Teil von einer gesamten Radachse, die von Raaba über St. Peter in die Stadt führt und wir wollen alle, dass alle sicher und gefahrenfrei unterwegs sind, und deswegen würde ich das so nicht im Raum stehen lassen. Die Petrifelderstraße war nicht Teil der Untersuchungen, weil sie jetzt nicht unmittelbar betroffen ist von der Marburger Straße. Aber ich kann, sie waren nicht Teil der Untersuchungen, kann ich jetzt sagen, weil die Untersuchungen in acht Straßen stattgefunden haben. Ich werde dem nachgehen und schauen, was in der Petrifelderstraße los ist.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Nächster Fragesteller, Herr Gemeinderat Piffel-Percevic, stellt seine Frage zu Josef-Huber-Gasse, an meine Kollegin.

**6.9 Frage 9: Josef-Huber-Gasse Unterführung
(GR Dr. Piffel-Percevic, ÖVP, an Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner, Grüne)**

Gemeinderat **Piffel-Percevic**:

Frau Bürgermeisterin, hoher Gemeinderat, verehrte liebe alle. Frau Bürgermeister-Stellvertreterin, ich habe dir die Frage gestellt, basierend auf dem Beschluss im Jänner, zusätzliche Mittel für diese Straßenunterführung unter der Süd Bahn und der

Verlängerung, sozusagen der Josef-Huber-Gasse in das Steinfeld und nach Reininghaus zu stellen.

Wir haben im Jänner, der Herr Baudirektor hat ja dazu auch ausgeführt, und da bin ich gleich beim Punkt, zusätzliche Mittel beschlossen aus rechtlichen Gründen. Da ging es um eine zusätzliche Grundablösenotwendigkeit für den Betrieb, der dort ist und und und, weil aus dem Rahmenplan und detailliert durch die

Umweltverträglichkeitsprüfung zur Unterführung Josef-Huber-Gasse sich die Notwendigkeit ergibt, ab 300.000 Brutto-Geschossfläche in Reininghaus auch verkehrlich eine zusätzliche Erreichbarkeit zu realisieren. Es hat durchaus auch Alternativen gegeben. Man hätte zum Beispiel die Unterführung der GKB, die Straßenbahnunterführung im getrennten Verkehr und nicht im Mischverkehr, wie man es jetzt gemacht hat, zu machen, dann hätte man auch ein bisschen Raum gewonnen. Man hat das klar dort nicht gemacht, es ist auch billiger geworden, damit wird die Notwendigkeit einer straßenmäßigen Erreichbarkeit von Reininghaus durch die Josef-Huber-Gasse immer dringlicher. Es ist im Übrigen keineswegs ein Autotunnel, wie du das in dem Fall abschätzend und wegschiebend sagst. Es ist sehr wohl ein auf dem neuesten Stand befindlicher Fuß- und Radweg und auch eine ÖV-Achse damit verbunden. Es ist eine direkte Erreichbarkeit von Reininghaus, wir wollen ja mit ÖV hauptsächlich das Nutzen auch in die Innenstadt geben, also keineswegs nur ein Autotunnel.

Du hast zwei Möglichkeiten eingeräumt, du musst ihn bauen, falls keine alternative Möglichkeit gefunden wird und bis 2027 schließt sich das Zeitfenster. Es ist daher mit dem Vorlauf von diesen Tagen und Wochen die Entscheidung zu treffen. Wirst du, das ist die

Frage,

diesen Tunnel bauen oder nicht?

Originaltext der Anfrage:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin - Stellvertreterin Mag.^a Judith Schwentner

Die Josef-Huber-Gasse wird im Rahmenplan für Reininghaus als wesentliche Verkehrsachse angesehen. Ich zitiere: „Wesentliche davon sind: Die Kreuzung Eggenberger Straße – Alte Post Straße, wo ein Ausbau für die Erhöhung der Leistungsfähigkeit bei Umsetzung der Straßenbahnlinie erforderlich wird und die Unterführung Josef-Huber-Gasse, die nach den modellhaften Annahmen ab einer Realisierung von ca. 300.000 m² Bruttogeschossfläche notwendig wäre.“

Die Haltung der zuständigen Verkehrsreferentin zu diesem Bauvorhaben ist hinlänglich medial bekannt. Sie wollen diesen wichtigen Tunnel nicht. Ein politischer Standpunkt, der jedem frei steht ihn einzunehmen. Allerdings gibt es in Österreich zum Glück auch noch rechtliche Rahmenbedingungen die einzuhalten sind. Mehrfach wurde von Ihnen, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin – Stellvertreterin, erklärt, dass es ein alternatives Konzept geben würde. Zugleich wurde allerdings die Planung weiter vorangetrieben. Zuletzt konnten wir im Jänner 2024 einen Beschluss mit einer Budgeterhöhung der Projekte beschließen. In diesem Beschluss wurde erneut auf mögliche Alternativkonzepte hingewiesen, zugleich aber betont, dass sich das Zeitfenster schließt, da die aufrechte Baugenehmigung mit einer Fertigstellung Ende 2027 ausläuft.

Im Namen des ÖVP Gemeinderatsclubs stelle ich Ihnen, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin - Stellvertreterin, daher folgende

Frage:

„Wird die Josef Huber Unterführung gebaut werden?“

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Ich kann das wirklich vorausschicken, dass ich gar keinen Tunnel baue oder nicht baue und dass das auch kein Geheimnis ist, dass die Koalition, zumindest kann ich für uns sprechen, gemeinsam nicht angetreten ist die Unterführung zu bauen bzw. alle möglichen Alternativen zu prüfen. Ja, tatsächlich ist es ein enges Zeitfenster und wir haben da rechtliche Rahmenbedingungen, die die Aufschließungserfordernis anbelangen, dass das Zeitfenster immer enger wird. Es ist keine ganz banale, einfache Aufgabe, Alternativen zu finden. Ich möchte aber nur nicht unerwähnt lassen, dass das ein Projekt ist, das aus dem Rahmenplan von 2010 stammt und vorher schon entwickelt, also noch Jahre vorher entwickelt, das heißt, mindestens 15 Jahre alt ist. Und in diesen 15 Jahren ist doch viel passiert, nicht nur in unserer Stadt, sondern viel auch an Bewusstwerdung, wie das ausschaut in Bezug auf unsere Umwelt, auf unser Klima, auf unser Mobilitätsverhalten und ich möchte auch erinnern an hier einstimmig beschlossene Gemeinderatsbeschlüsse, wie zum Beispiel der zum Klimaschutzplan zur klimaorientierten Stadtentwicklung, wo wir uns damit auseinandersetzen müssen, inwieweit wir weitere Treibhausemissionen produzieren, inwieweit wir auch unsere eigenen, auch hier beschlossenen Mobilitätsziele ernst nehmen und von einer Idee wie der Unterführung abrücken.

Das ist eine ziemliche Herausforderung, mit der wir uns gerade sehr intensiv beschäftigen, und es kann immer noch anders ausgehen, aber Fakt ist auch, dass dieses Projekt 40 Millionen aufwärts kosten wird, die nie budgetär abgesichert waren, die Josef-Huber-Unterführung findet sich in keinem Budget abgesichert, auch nicht aus der Vergangenheit und deswegen werde ich auch aus verschiedensten Gründen ökologisch und ökonomisch so lange prüfen, bis wir sehen, dass es keine alternative Möglichkeit gibt. Ich bin zuversichtlich, dass wir die finden, oder hoffe, dass wir die finden und klimagerechte Alternativen, die auch den Mobilitätszielen der Stadt entsprechen, sich auftun.

Gemeinderat **Piffil-Percevic:**

Ich habe eine Zusatzfrage. Frau Bürgermeister Stellvertreterin, du befindest dich hier in einem äußerst zeitlich, inhaltlich und rechtlich riskanten Manöver, auch stadtentwicklungsmäßig. Wir haben in den letzten 15 bis 20 Jahren 80.000 zusätzliche Hauptwohnsitznehmer in Graz bekommen. Reininghaus und auch die Smart City haben noch einen sehr kleinen Wohnbeitrag dazu geleistet. Die Bevölkerungsentwicklung geht genauso weiter wie vorher. Wir werden daher auch zusätzlichen Wohnraum in Reininghaus dringend brauchen, der schon da ist, ohne zusätzliche Versiegelung. Daher frage ich dich, die Investoren haben im Vertrauen auf den Rahmenplan, auf die UVP und auf die Planungen dort investiert.

Ich frage dich:

kannst du Schadenersatzforderungen oder gar Gerichtsverfahren ausschließen, die auf uns hier zukommen durch dieses riskante Manöver?

Vizebürgermeisterin **Schwentner:**

Ich wage zu behaupten, dass das für die Investoren an sich irrelevant ist, wie die verkehrliche Erschließung funktioniert, ob durch eine Unterführung oder andere Möglichkeiten der Erreichbarkeit. Das ist nicht relevant. Es muss einfach die Aufschließungserfordernis gegeben sein. Die Aufschließungserfordernis, du sprichst es an, das ist tatsächlich jetzt ein Zeitfenster und die Frage ist, ob es uns gelingt oder nicht. Wir prüfen das bis zum Schluss. Es kann noch immer so oder so ausgehen, aber ich werde in meiner Verantwortung alles daransetzen, die Klima- und Mobilitätsziele der Stadt einzuhalten, die mir vorgegeben sind.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke schön. Nächste Fragestellerin ist Frau Gemeinderätin Kreiner. Sie stellt ihre Frage an mich und deswegen darf ich den Vorsitz an meine Kollegin Vizebürgermeisterin Schwentner übergeben.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Ich übernehme den Vorsitz, bitte die Fragestellerin.

Vorsitzwechsel – VizeBgm Mag. Schwentner übernimmt den Vorsitz (13.20 Uhr).

**6.10 Frage 10: Elisabethstraße_Leonhardstraße/Maiffredygasse
(GRⁱⁿ Kreiner, ÖVP, an Bgm.ⁱⁿ Kahr, KPÖ)**

Gemeinderätin **Kreiner**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister. Ich darf eine Frage betreffend der Elisabethstraße, Leonhardstraße, Maiffredygasse stellen. Und zwar: Seitens der Bürgermeisterin-Stellvertreterin Judith Schwentner wurden den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Graz im Zuge des Spartenstichs der Baustelle in der Elisabethstraße, wie auch im ORF-Interview empfohlen, auf die Linien 1 und 7 umzusteigen. Nach berechtigter Kritik, dass dies jedoch nicht möglich sei, da ja die Linien aufgrund der Gleichzeitigkeit der Baustellen Elisabethstraße, Leonhardstraße, Maiffredygasse nicht geführt werden, dürften die interessierten Bürgerinnen und Bürger aus der Kronenzeitung entnehmen, dass eben Frau Vizebürgermeisterin Judith Schwentner keine Zuständigkeit in diesem Bereich hätte und für die offensichtlich ungewollte Gleichzeitigkeit der Baustelle nicht verantwortlich sei. Da nicht davon auszugehen ist, dass es in Graz keine Baustellenkoordination gibt, die auf Straßen anderer Gebietskörperschaften in diese

Baustellenkoordination mit einbezieht, stelle ich Ihnen, sehr geehrte Frau
Bürgermeisterin, der folgende

Frage:

Wer ist das aktuell zuständige Stadtsenatsmitglieder, in dessen oder deren
Zuständigkeit die Baustellenkoordination von Straßenbauvorhaben in Graz fällt?

Originaltext der Anfrage:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Elke Kahr:

Seitens der Verkehrsreferentin Bürgermeisterin-Stellvertreterin Judith Schwentner wurde den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Graz im Zuge des Spatenstichs Baustelle Elisabethstraße via ORF Interview empfohlen, auf die Linie 1 und die Linie 7 umzusteigen. Nach berechtigter Kritik, dass dies nicht möglich sei, da ja auch diese Linien auf Grund der Gleichzeitigkeit der Baustellen Elisabethstraße und Leonhardstraße/Maiffredygasse nicht geführt werden, durften die interessierten Bürgerinnen und Bürger der Kronen Zeitung entnehmen, dass Bürgermeisterin-Stellvertreterin Judith Schwentner keine Zuständigkeit in diesem Bereich hätte und für die offensichtliche ungewollte Gleichzeitigkeit der Baustelle nicht verantwortlich sei. Da nicht davon auszugehen ist, dass es in Graz keine Baustellenkoordination gibt, die auch Straßen anderer Gebietskörperschaften in diese Baustellenkoordination miteinbezieht, stelle ich Ihnen, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, daher folgende

Frage:

„Wer ist das aktuell zuständige Stadtsenatsmitglied in dessen/deren Zuständigkeit die Baustellenkoordination von Straßenbauvorhaben in Graz fällt?“

Bürgermeisterin **Kahr**:

Liebe Frau Gemeinderätin Kreiner, liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Grazer Gemeinderat. Sollte es auch vielleicht die eine oder andere Zuhörer:innen und Zuseher nicht wissen: Seit ich hier im Gemeinderat bin, ist die Zuständigkeit der Baustellenkoordination eindeutig laut Geschäftseinteilung, beim Straßenamt. Das war so immer und wird auch immer so sein, und mich wundert es, dass das eigentlich nicht bekannt ist, aber umso mehr ist es wichtig, dass man jetzt durchaus die Frage so gestellt hat, damit das auch eindeutig klar ist. Also, das Straßenamt ist zuständig. Und ich gehe davon aus, dass Gemeinderäte oder gewählte Mandatäre wissen dann auch, wer die politischen Referent:innen dazu sind.

Gemeinderätin **Kreiner**:

Genau, weil Sie eben gesagt haben, Straßenamt, politische Referentin, also in dem Fall wäre das jetzt meinem Vernehmen nach die Frau Vizebürgermeisterin, und da würde sich dann auch die Zusatzfrage ergeben, und zwar, dass Sie in Zukunft sicherstellen, dass sich Frau Vizebürgermeisterin eben auch um die Baustellenkoordination mitkümmert oder wenn das auch in Ihr Ressort fällt, dass sie sich vorher erkundigt bzw. dass dann auch alle Betroffenen rechtzeitig informiert werden.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Erstens einmal, sind manche Frage schon wirklich sehr befremdlich. Das muss ich Ihnen jetzt wirklich einmal so sagen.

Erstens einmal tut sie das und die Koordination hat, ich kann es Ihnen auch namentlich sagen, in bewährter Weise über Jahre der Herr Spanner, den man an der Stelle wirklich nur gratulieren muss, weil das ist nicht einfach, so viele Anforderungen, die wir gerade, wie wir vorhin vom Gemeinderat Piffl-Percevic gehört haben, in einer wachsenden

Stadt, wo es von Kanal, Infrastruktur, von Gleis, Telekommunikationskabel und und und gibt, das alles zu bewältigen. Und wir haben da einen riesigen Aufholbedarf über Jahrzehnte. Verzeihen Sie mir das, wenn ich das so sage, vieles vernachlässigt wurde. Und das ist wie bei jedem Haus. Wenn du lange zuschaust, wird es nicht besser. Dann kommt vieles zusammen und genau das machen wir jetzt in dieser Periode. Darauf bin ich sehr stolz in der Koalition und deshalb ist auch ein großer Dank, weil das ist dann eben eine konkrete Herausforderung an die Kollegen in den Abteilungen, das auch alles unter einen Hut zu bekommen. Ein großes Danke an Herrn Spanner. Ich glaube, er ist jetzt schon in Pension. Es ist ein guter Anlass, Ihnen an dieser Stelle auch dafür herzlich im Namen von uns allen zu danken. Und künftig hin, glaube ich, ist es der Herr Wunderl. Ist das so? Er wird es ihn genauso in bewährter Weise machen, weil er ihn ja auch schon jahrelang dort begleitet hat. Danke dafür und ich glaube, dass die Info einfach für alle auch wichtig ist, die jetzt zuhören.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Ich übergebe den Vorsitz an die Frau Bürgermeisterin.

Vorsitzwechsel – Bgm Kahr übernimmt den Vorsitz (13.24 Uhr).

Gemeinderätin **Kreiner**:

Danke für die Erklärung. Es soll auch keine Kritik sein.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Wir sind schon zu Ende, es war schon die Zusatzfrage, danke.

Als Nächstes gibt es keine Fragen mehr. Ich habe die bewusst zugelassen, obwohl wir schon drüber waren, weil mir wichtig war, das gleich zu beantworten, kommen wir jetzt zur Tagesordnung. Alle anderen Fragen werden natürlich wieder, wie immer, schriftlich beantwortet.

Ende Fragestunde: 13.25 Uhr.